

1950 1960 1970 1980 1990 2000 2010

# 60 JAHRE UVB



Impressum

60 Jahre UVB

13. September 2010

Verantwortlich: Christian Amsinck


Redaktion: Thorsten Elsholtz, Franziska Lerch, Mike Petrik

Gestaltung und Druck  
KOMAG mbH, Berlin

# 60 JAHRE UVB



# Inhalt

 Vorwort.....	6	Wirtschaftspolitik: Im Einsatz für die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.....	24
Grußwort: Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin .....	8	Bildungs- und Hochschulpolitik: Engagement für Zukunftssektor .....	26
Grußwort: Matthias Platzeck, Ministerpräsident des Landes Brandenburg .....	9	Arbeitsmarkt- und Personalpolitik: Fachkräftesicherung im Mittelpunkt.....	28
Grußwort: Prof. Dr. Dieter Hundt, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände.....	10	Tarifpolitik: Flexibilität und Unternehmensorientierung notwendig .....	30
Grußwort: Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie.....	11	Arbeitsrecht: Mitgestaltung im Dialog .....	31
1950–1961: Kriegsfolgen überwinden – Neue Konflikte entstehen .....	12	Sozialpolitik: Soziale Sicherungssysteme zukunftsfest machen.....	32
1961–1990: Die Mauer hemmt das Wachstum – Ein Auf und Ab in der abgeschnittenen Stadt.....	14	Das Präsidium.....	33
1990–2010: Eine Investition in die Zukunft – Der Wirtschaftsstandort Berlin-Brandenburg.....	18	Die Präsidenten .....	34
		Die Hauptgeschäftsführer .....	36
		Mitgliederliste.....	38

# Vorwort



Die Geschichte der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg der vergangenen 60 Jahre ist in besonderem Maße geprägt von den politischen Verhältnissen und Ereignissen dieser Zeit: Wiederaufbau, Blockade, Teilung, Sonderstatus und direktes Nebeneinander der Systeme, Einheit und Neubeginn. Keine andere Region in Deutschland unterlag so großen politischen und gesellschaftlichen Veränderungen und Einflüssen. Die Folgen haben die Wirtschaft massiv beeinträchtigt. Vor allem die ersten 40 Jahre bis zum Fall der Mauer be-

deuteten für die Unternehmen im Westteil Berlins sehr schwierige Standortbedingungen. Die Unternehmen im Ostteil der Stadt und im Land Brandenburg litten unter den Folgen der staatlichen Planwirtschaft. Aber auch die darauf folgenden Jahre des Neuaufbaus in ganz Berlin und Brandenburg waren ein großer Kraftakt.

Die UVB und ihre Vorgängerorganisation, die Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände (ZBA), war in all diesen Jahrzehnten immer das Sprachrohr der gesamten regionalen Wirtschaft, bis 1990 im Westteil Berlins, danach in der Region Berlin-Brandenburg. Als Wirtschafts- und sozialpolitischer Spitzenverband Berlin-Brandenburgs gehören der UVB heute mehr als 60 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände aus Industrie, Handel, Dienstleistung und dem Handwerk an. Gleichzeitig ist die UVB Landesvereinigung der BDA, Landesvertretung des BDI und Sozialpartner der Gewerkschaften.

Heute, 60 Jahre nach Gründung des Verbandes und 20 Jahre nach der Einheit, verfügt unser Verbandsgebiet Berlin und Brandenburg über eine Unternehmenslandschaft, die modern, innovativ, leistungsstark und für die Zukunft gerüstet ist. Der Strukturwandel der Nachwendezeit ist weitgehend abgeschlossen. Die gesamte Wirtschaftsregion behauptet sich inzwischen als konkurrenzfähiger Unternehmensstandort. Die hervorragende Infrastruktur, insbesondere der neue Hauptstadtflughafen BBI, die große Attraktivität des Standortes für Fachkräfte und die exzellenten Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind wesentliche Gründe für Investitionen in bestehende und Ansiedlungen von neuen Unternehmen. Geprägt wird die Wirtschaftsstruktur der deutschen Hauptstadtregion vor allem von

mittelständischen Unternehmen. Trotz des erheblichen Arbeitsplatzabbaus im Strukturwandel der Nachwendejahre besitzt das Land nach wie vor einen starken industriellen Kern mit rund 200.000 Beschäftigten. Die Leistungsfähigkeit der Industrie unterstreichen die Exporte, die zum Beispiel in Berlin in den letzten zehn Jahren um ein Drittel gestiegen sind. Traditionell stark vertreten sind neben der Metall- und Elektroindustrie unter anderem die Chemie- sowie die Ernährungsindustrie. Neben Bau und Handwerk haben auch Handel und Dienstleistung ein großes Gewicht.

Um sich dauerhaft als wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort behaupten zu können, muss die Region nun vor allem industrielle Lösungskompetenzen in Zukunftsfeldern wie Ressourceneffizienz, Energie, Mobilität und Gesundheit vorantreiben. Dazu verwendet die UVB mit ihren Partnern große Anstrengungen darauf, eine moderne und leistungsfähige industrielle Fertigung am Standort weiterzuentwickeln, nicht zuletzt als Anker für den wachsenden Bereich produktionsnaher Dienstleistungen. Im Vordergrund unseres Handelns steht darum die Verbesserung der Innovationsfähigkeit der Wirtschaft, zum Beispiel der Ausbau der Kooperation zwischen Wirtschaft und Wissenschaft.

Im Mittelpunkt vieler Anstrengungen der UVB steht zudem die langfristige Sicherung von Fachkräften. Damit begegnen wir der großen Herausforderung des demographischen Wandels. Hier, wie in allen anderen wichtigen wirtschaftspolitischen Themenfeldern, wird es nicht ohne ein eng abgestimmtes Handeln der Länder Berlin und Brandenburg gehen. Ziel bleibt das gemeinsame Bundesland Berlin-Brandenburg. Denn unsere



Zukunft liegt in der gemeinsamen Ausgestaltung unserer zusammengehörenden Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion auf Basis der Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft. Dafür werden wir uns auch in Zukunft stark machen!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ischler'.

Burkhard Ischler  
Präsident


A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Amsinck'.

Christian Amsinck  
Hauptgeschäftsführer

# Grußwort

*Regierender Bürgermeister von Berlin Klaus Wowereit*



 Zum 60-jährigen Bestehen gratuliere ich der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V. sehr herzlich im Namen des Senats von Berlin.

Die UVB hat in ihrer Geschichte bereits manch große Herausforderungen gemeistert. In der Nachkriegszeit bündelte die damalige Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände e.V. (ZBA) erfolgreich die Interessen der Unternehmen und bereitete im zerstörten und geteilten Berlin mit den Boden für die Wiederbelebung der Wirtschaft. Nach dem Fall der Mauer gehörte die UVB zu den ersten, welche die Chancen einer gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarktreion erkannten. Sie haben den rasanten Strukturwandel kompetent und engagiert begleitet. Heute verbindet die UVB mit Senat, Kammern und Gewerkschaften der Einsatz für Berlin als Stadt der wissensbasierten Industrien und als Modellstadt für nachhaltiges und ressourceneffizientes Wirtschaften im 21. Jahrhundert, um Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen.

Ich setze auch künftig auf eine konstruktive Zusammenarbeit zum Wohle Berlins und wünsche der UVB alles Gute für die nächsten 60 Jahre.

Ihr  
Klaus Wowereit



# Grußwort

## *Ministerpräsident des Landes Brandenburg Matthias Platzeck*



Sehr geehrter Herr Ischler,  
sehr geehrte Verbandsmitglieder,

Sie alle feiern ein großes und stolzes Jubiläum: 60 Jahre Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg! Und das im 20. Jahr nach der Neugründung unseres Landes. Ein doppeltes Jubiläum und ein doppelter Grund zum Feiern.

Ich möchte Ihnen vor allem danken für 20 Jahre engagierte Arbeit für unser Land. Brandenburg wäre heute nicht so ein modernes, aufstrebendes und auch wirtschaftlich erfolgreiches Land, wenn wir nicht über so eine tatkräftige, innovative Unternehmerschaft verfügten. Ich weiß es sehr zu schätzen, dass die Landesregierung in den schweren Anfangsjahren ebenso auf die gute Begleitung durch Ihre Vereinigung setzen konnte wie heute, wo wir es mit anderen, aber nicht minder komplexen Fragen und Problemen zu tun haben. Ich denke an den Technologietransfer, an Netzwerkbildung, an ökologische Industriepolitik, um nur einige Handlungsfelder zu benennen.

Die Landesregierung hat mit dem Umsteuern in der Förderpolitik nach dem Motto „Stärken stärken“ – wie sich heute zeigt – das Goldrichtige getan. Wir sind in Zukunftsbranchen gut aufgestellt und unsere regionalen Wachstumskerne entwickeln sich spürbar. Die UVB hat sich in all diese Prozesse eingebracht und sich als verlässlicher Partner der Landesregierung bewährt.

Ihr  
Matthias Platzeck



# Grußwort

*BDA-Präsident Prof. Dr. Dieter Hundt*



Seit nunmehr 60 Jahren setzt sich die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg (UVB) mit beispielhaftem Engagement für die Interessen der Berliner und inzwischen auch der Brandenburger Unternehmen ein.

Unter denkbar schwierigen Voraussetzungen haben sich die Berliner Arbeitgeber nach dem Ende des 2. Weltkrieges neu organisiert und 1950 die Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände gegründet. Wegweisend war ihr Wirken in den Jahren für die Bundesrepublik Deutschland. Nach der Wiedervereinigung trugen die Arbeitgeberverbände maßgeblich zur Zusammenführung und zum Zusammenwachsen der Wirtschaftsregion Berlin-Brandenburg bei.

In der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik sowie im Tarif- und Arbeitsrecht vertritt die UVB mit Erfolg die Interessen der Arbeitgeber. Hervorzuheben ist die sehr vertrauensvolle und fruchtbare Zusammenarbeit, die sich zwischen der UVB und dem Spitzenverband Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) in den vielen Jahren gemeinsamen Wirkens entwickelt hat.

Zum 60-jährigen Bestehen übermittele ich der UVB die herzlichsten Glückwünsche der BDA und der gesamten Arbeitgeberverbands-Familie. Ich wünsche der UVB, dass sie ihre Tätigkeiten weiter so erfolgreich entfalten kann, wie sie es seit ihrer Gründung vor 60 Jahren beispielhaft getan hat.

Ihr  
Prof. Dr. Dieter Hundt

# Grußwort

*BDI-Präsident Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel*



Der BDI gratuliert seiner Landesvertretung in Berlin und Brandenburg zum 60-jährigen Bestehen und bedankt sich für die erfolgreiche und vertrauensvolle Zusammenarbeit. Es sind besonders die Landesvertretungen, die den BDI bei der Verbreitung seiner Standpunkte vor Ort unterstützen.

Eine starke Wirtschaft braucht starke Verbände. Die UVB trägt Sorge dafür, dass unsere gemeinsamen Erfolge industrieller Interessensvertretung auf Europa-, Bundes- und Länderebene tatsächlich den einzelnen Unternehmer in Berlin und Brandenburg erreichen. Darüber hinaus hat die UVB das Zusammenwachsen von Berlin und Brandenburg zu einer Wirtschaftsregion und den strukturellen Wandel der regionalen Wirtschaft konsequent und aktiv begleitet.


Ich bin zuversichtlich, dass die UVB auch in Zukunft die richtigen Impulse für die Wirtschaft in Berlin und Brandenburg setzt und für die Politik ein kompetenter und zuverlässiger Partner bleibt.

Ihr  
Hans-Peter Keitel



# 1950–1961:

## Kriegsfolgen überwinden – Neue Konflikte entstehen

 1950 gründete sich die Zentralstelle der Berliner Arbeitgeberverbände – später Zentralvereinigung – ZBA. Ihr Zweck war die Bündelung der Interessenvertretung der zahlreichen einzelnen Branchenverbände. Die Federführung lag bei der Metall- und Elektroindustrie. Im Geschäftsbericht des Metallverbandes des Jahres 1950 wird die Ausgangssituation – ohne ins Detail zu gehen – auszugsweise wie folgt beschrieben:

*„Die Stadt Berlin verlor durch den Zusammenbruch 1945 nicht nur in besonderem Maße materielle Substanz, sondern erlitt darüber hinaus eine außerordentliche Beeinträchtigung ihrer ideellen Werte, vornehmlich auf dem Gebiete ihres organisatorischen Gefüges. Die Besonderheiten der politischen Entwicklung innerhalb Berlins nach 1945 stellten für jeden einzelnen den Kampf um die nackte Existenz stärker als anderswo in den Mittelpunkt allen Denkens und Handelns ....“*

Zunehmend bestimmte der Konflikt der politischen Systeme die politische Tagesordnung in Berlin und wurde bis in die Wirtschaft hineingetragen. So trägt eine Pressemeldung der ZBA aus dem Frühjahr 1953 die Überschrift „Kommunistische Fälscher“. Es geht um den Versuch der SED-Machthaber, im Vorfeld des Volksaufstandes am 17. Juni von den Missständen im eigenen Machtbereich abzulenken und dazu eine Tarifrunde im Westen Berlins als Auftakt beginnender Kampfmaßnahmen der Arbeiter im Westen umzudeuten. Die ZBA schreibt dazu in einer Pressemitteilung:

*„Die an der besseren Einsicht der überwiegenden Masse der Berliner Arbeiter gescheiterte Absicht der SED und*

*des FDGB, den Lohnstreit ... den kommunistischen Zersetzungsziele nutzbar zu machen, wirkt aber auch grotesk. Denn der Westberliner Arbeiter weiss am ehesten, dass es in den Betrieben des Berliner Ostsektors und der sowjetischen Besatzungszone weder Streiks noch sonst welche Möglichkeiten gibt, ... Interessen der Arbeitnehmerschaft zu vertreten, sondern nur ... höhere Arbeitsnormen den Anteil des Arbeiters an Arbeitsertrag immer stärker herabdrücken.“*

Im Mai 1953 meldet die ZBA den Zusammenbruch der Planwirtschaft. Nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 wandte sich der Präsident der ZBA, Heinrich Neumann, über den Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) an die Berliner: *„Es gilt, vor aller Welt auch sichtbar den Beweis zu erbringen, dass die Schicksalsgemeinschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern vor allem im bedrängten Berlin keine leere Redensart ist.“* Was folgte, war ein Solidaritätsoffer der Unternehmer in Form von Spenden und Sonderzahlungen. Damit wurden vor allem Grenzgänger und in anderer Weise Betroffene, denen ein Lohnausfall entstanden war, unterstützt.

Politisch blieb die Situation in Berlin dennoch festgefahren. Am 1. Mai 1959 rief der damalige Präsident der ZBA dazu auf, die im Westen errungene Freiheit gemeinsam zu verteidigen. Er wies dabei auch auf den erreichten Wohlstand hin: *„Wir wissen, wie stark diese Tatsache nach Osten hin ausstrahlt..., dass die Berliner Wirtschaft aus achtzigprozentiger Zerstörung ... heute das Ausmaß ihrer Vorkriegsproduktion erreicht und überschritten hat... es konnten dann Wohnungen, Straßen, Kulturstätten und Anlagen gebaut werden. Ich erinnere*



*an diese materiellen Errungenschaften, weil sie eben der Erfolg wirklich gemeinsamer Bemühungen, Anstrengungen und Opfer sind.“*

Trotz aller Widrigkeiten war es in West-Berlin gelungen, am schnellen wirtschaftlichen Aufschwung des Bundesgebietes – wenn auch weniger dynamisch – teilzuhaben. So meldete die ZBA im Frühjahr 1961 einen Anstieg der Tariflöhne seit Kriegsende um 127,8%. Gleichzeitig warnte die ZBA aber auch vor zuviel Euphorie. So wurde von einer Periode des Übergangs mit positiven Entwicklungstendenzen berichtet:

*„Jedoch waren sie nicht so ausgeprägt und so umfassend positiv, als dass man sie heute schon als unbedingt wirksame Faktoren einer neuen Konjunkturphase ansehen und die Gefahren als abgewendet betrachten könnte, die dem allgemeinen sozialen Status ... drohen.“ Problem ist vor allem „.. die gewaltsame Beschneidung des Berliner Arbeitskräftepotentials durch den Mauerbau und im Gefolge dessen der enorme Lohn- und Gehaltsboom ...“*

1961 waren in West-Berlin weit über zehntausend Stellen unbesetzt. Zur Sicherung des Arbeitskräftebedarfs engagierte sich die ZBA darum unter anderem für die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft, zum Beispiel bei der Ausbildung weiblicher Jugendlicher. Berlin startete erste Werbeaktionen um westdeutsche Arbeitskräfte. Gleichmaßen Werbung wie Herausforderung war der sprunghafte Anstieg der Löhne in West-Berlin. Er lag im Bundesvergleich alleine zwischen 1960 und 1962 mit 27,3% einsam an der Spitze.

24.6.1948–12.5.1949  
Blockade Berlins

23.5.1949  
Gründung der Bundesrepublik Deutschland

7.10.1949  
Gründung der DDR

7.12.1950  
Gründung der Zentralstelle der Arbeitgeberverbände von Groß-Berlin (ZBA)

Heinrich Neumann zum Präsidenten gewählt (bis 1969)

Dr. Gerhard Schmidt Hauptgeschäftsführer (bis 1968)

Geschäftsstelle am Kurfürstendamm 54–55

3.1.1951  
Umbenennung in „Zentralstelle der Berliner Arbeitgeberverbände“ (ZBA)

15.11.1951  
Gastmitglied der BDA

17.6.1953  
Volksaufstand in der DDR

1.7.1953  
Haus der Wirtschaft in der Grolmanstr. 1–4 wird eröffnet, (1967 Umbenennung der Straße in „Am Schillertheater“)

5.12.1953  
Ordentliches Mitglied der BDA

19.2.1957  
Gründung der Arbeitsgemeinschaft Schule Wirtschaft

# 1961–1990:

## Die Mauer hemmt das Wachstum – Ein Auf und Ab in der abgeschnittenen Stadt

Die Sorge – auch aufgrund der hohen Lohnkosten –, von der Entwicklung im Bundesgebiet abgekoppelt zu werden, ließ sich bereits Mitte der 1960er durch Zahlen belegen, wie aus einer Presseinformation von 1965 hervorgeht: „... die relativen Zuwächse der einzelnen Industriezweige liegen in Berlin ausschließlich unter denen des Bundesdurchschnitts. Sehr krass zeigt sich das bei der Elektrotechnik, die in Berlin von 1958 bis 1965 einen Beschäftigungszuwachs von 3,5%, im Bundesdurchschnitt aber von 34,2% erzielen konnte.“

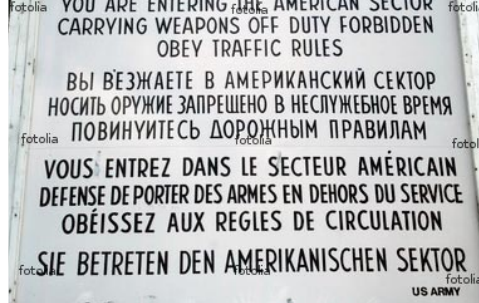
Mit Blick auf den Arbeitskräftebedarf wurde bereits 1965 die demographische Entwicklung aufgegriffen. In einem Telex der ZBA hieß es: „ohne einen ausreichenden arbeitskräftezustrom nach berlin wuerde ... das berliner arbeitskraeftepotential sehr schnell „auf einen stand herabsinken, bei dem ein erfolgreicher wirtschaftsablauf nicht mehr garantiert waere,, ... in diesem zusammenhang ... ist die versorgung ... mit wohnraum eines der kardinalprobleme.“ Ende der 1960er rückte zudem der drohende Anstieg der Rentenversicherungsbeiträge in den Fokus der ZBA. Grund war die steigende Zahl der Rentner.

Mitte der 1960er Jahre wurden Exporte immer wichtiger. Sie stiegen stärker als die Gesamtumsätze. Dennoch erklärte das DIW noch 1966, dass die Ausstrahlung der außenwirtschaftlichen Nachfrageexpansion auf die deutsche Konjunktur noch nicht verlässlich abschätzbar wären. Im Zuge der wachsenden Zahl ausländischer Arbeitskräfte veröffentlichte die ZBA 1966 erstmals Richtlinien für Betriebe mit starker Ausländerbeschäftigung. Anfang 1966 arbeiteten 13.353 Gastarbeiter in Berlin, darunter 2.398 Türken. Berlin lag mit

ca. 1,5% Ausländeranteil an den Beschäftigten weit unter dem Bundesdurchschnitt von 5,5%. Im Zusammenhang mit der Sicherung von Arbeitskräften – gesucht wurden vor allem Facharbeiter und Frauen – begrüßte die ZBA 1967 Lohnsteuerermäßigung und Berlin-Zulage. Beides wäre ein Anreiz für Ausländer und Westdeutsche, in Berlin zu arbeiten.

Anfang der 1970er Jahre hielt der Zustrom an zumeist jungen Arbeitskräften aus Westdeutschland an. Die West-Berliner Unternehmen boten ihren Arbeitnehmern sichere Arbeitsplätze. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt waren in Berlin in dieser Zeit 10% mehr





Frauen beschäftigt. Mitte der 1970er Jahre kehrte sich die wirtschaftliche Stimmung um. Aufgrund der isolierten Lage Berlins wurde der Standort zunehmend vom übrigen Bundesgebiet abgekoppelt. In der Folge sank die Zahl der Industriebetriebe und damit die Anzahl der Arbeitsplätze. Die West-Berliner Wirtschaft wurde – wie bereits unmittelbar nach dem Mauerbau – aufgrund der politischen Situation ein weiteres Mal ausgebremst. Der für die Bevölkerungsentwicklung so wichtige Zuzug an Arbeitskräften verebbte.

Trotz der sinkenden Zahl an Arbeitsplätzen blieb die Fachkräftesicherung weiter eine große Herausforderung. Für die Jahre 1970–1980 wurde mit einem Fehlbedarf von rund 82.000 qualifizierten Arbeitskräften gerechnet. Die ZBA forderte darum eine bessere Aus- und Weiterbildung der zugezogenen Berliner. Dazu gründete die ZBA zusammen mit mehreren Verbänden und Firmen das Bildungswerk der Berliner Wirtschaft.

Für die Arbeitnehmer bedeuteten die 1970er Jahre ein Zuwachs an sozialen Leistungen durch die Arbeitgeber. Geprägt wurde das Jahrzehnt durch die intensiven Diskussionen um die Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes. Kontroverse Themen zwischen ZBA und DGB waren vor allem die paritätische Mitbestimmung und die Einrichtung innerbetrieblicher Einigungsstellen. Viele sozialpolitische Neuerungen stellten für die Unternehmen zudem eine zusätzliche Belastung dar. So stiegen seit der Einführung des Lohnfortzahlungsgesetzes im Krankheitsfall die Krankenstände rapide an. Trotz vieler Probleme, mit denen die Unternehmen konfrontiert wurden, handelten viele Firmen bereits im Sinne der Nachhaltigkeit. So war das

13.8.1961  
Bau der Berliner Mauer

26.8.1965  
Umbenennung in „Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände“ (ZBA)

1.1.1968  
Dr. Horst Martin Hauptgeschäftsführer (bis 1981)

4.8.1969  
Dr. Dietrich Weyermann zum Präsidenten gewählt (bis 1978)

8.2.1972  
Gründung des Bildungswerkes der Berliner Wirtschaft

21.12.1972  
Grundlagenvertrag zwischen der Bundesrepublik und DDR

23.10.1974  
Eröffnung des Flughafens Tegel

23.10.1975  
Gründung des Werkarztzentrums der Berliner Wirtschaft

7.6.1978  
Klaus Osterhof zum Präsidenten gewählt (bis 1994)

Thema Umweltschutz schon in dieser Zeit in vielen Betrieben auf der Tagesordnung.

Die 1980er Jahre waren geprägt von einer wirtschaftlichen Aufbruchstimmung. Trotz konjunktureller Flaute und struktureller Anpassungsprobleme wuchs das Wirtschaftswachstum in Berlin zum ersten Mal schneller als im gesamten Bundesgebiet. Oberste Priorität setzten die Regierenden Bürgermeister von Weizsäcker und Diepgen auf die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die Standortvorteile Berlins als ein starkes Forschungs- und Entwicklungszentrum wurden erkannt.

Mitte der 1980er Jahre war Berlin eine wieder wachsende Industriestadt. Die ZBA warnte schon in dieser

Zeit vor einer Kürzung der Wochenarbeitszeit in Richtung 35 Stunden, deren Folge ein Kostenschub für die Unternehmen und den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet hätte. Bis zum Ende der 80er Jahre blieb das Ziel die Gewinnung und Wiedergewinnung von in den vergangenen Jahrzehnten verlorenen zentralen Verwaltungs-, Forschungs- und Entwicklungsabteilungen.

Um das Verständnis der Berliner für Wirtschaft zu erhöhen, ermutigte die ZBA die Unternehmen, ihre Informationsarbeit gegenüber Belegschaften, den Eltern und Schülern sowie gegenüber allen wichtigen Meinungsbildnern zu intensivieren und forderte ein Wahlfach Wirtschaft an den Gymnasien. Berlin meldete derweilen erfreuliche Ausbildungserfolge. Zum ersten Mal wurde eine Berufsvorbereitung junger Ausländer







im Betrieb durchgeführt. Die Kooperation der Arbeitgeberverbände mit den Hochschulen besserte sich, die ZBA baute ihre hochschulpolitischen Aktivitäten weiter aus.

Zur 750-Jahrfeier der Stadt Berlin blickte der damalige Präsident der ZBA, Klaus Osterhof in einem Zeitungsartikel nach vorne und beschrieb seine Zukunftsvisionen von Berlin im Jahr 2037: „*Unter den Linden – ein duftendes Blütenmeer wie eh und jeh – und keine Auspuffgase mehr! Der Reichstag mit Kuppel! Der Palast abgerissen, dafür das rekonstruierte Schloss!*“ Eine Vision, die bald zum Teil Wirklichkeit werden sollte: Der Fall der Mauer am 9. November 1989 und die anschließende Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 brachten für die ZBA entscheidende Veränderungen. Kämpfte die Wirtschaft gerade noch mit ihrer Inselage und den dazugehörigen Problemen, musste sie sich jetzt mit ganz neuen Fragen befassen.

1.4.1981

Dr. Hartmann Kleiner Hauptgeschäftsführer (bis 2007)

1987

750-Jahrfeier Berlins

9.11.1989

Fall der Berliner Mauer

# 1990–2010:

## *Eine Investition in die Zukunft – Der Wirtschaftsstandort Berlin-Brandenburg*



1990 war das ganze Land im Umbruch. Die ZBA nahm bereits im Frühjahr auch Verbände aus Ost-Berlin und Brandenburg auf und benannte sich schließlich um in Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg, kurz UVB. Ein erster Schritt, der die Einheit Berlins und die Zusammengehörigkeit Berlins und Brandenburgs demonstrieren sollte, denn die UVB war von Beginn an von der Zusammengehörigkeit des Wirtschaftsraumes Berlin-Brandenburg überzeugt und setzte sich dementsprechend konsequent für eine baldige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West ein.

UVB-Präsident Klaus Osterhof warnte in dieser Phase – kurz nach dem Mauerfall – vor einem künstlichen Aufrechterhalten der Teilung Deutschlands, wie es einige politische Gruppen noch immer forderten. Vielmehr sah er in der lang ersehnten Freiheit große Chancen für die Entwicklung der Region. Gleichzeitig wies Osterhof aber auch auf die großen Belastungen hin, die auf die Deutschen während des Aufbaus zukommen werden. Realistisch rechnete die UVB bereits 1990 damit, dass sich viele marode und unwirtschaftliche Kombinate und Betriebe der DDR in der Marktwirtschaft nicht behaupten und auflösen würden. Ein tiefgreifender Strukturwandel verbunden mit einem massiven Abbau von Arbeitsplätzen begann. Die UVB unterstützte Kurzarbeit und Qualifizierungsmaßnahmen.

Unmittelbar nach der Einheit wandten sich UVB, DGB und andere Gewerkschaften in einem gemeinsamen Appell an die Öffentlichkeit. Darin hieß es: „*Die Spitzenverbände der Sozialpartner in Brandenburg und Berlin fordern die Landesregierungen in Brandenburg und Berlin auf, die*

*in Berlin vorhandenen Einrichtungen der Sozialversicherung zu nutzen, um im Interesse der Unternehmen und der Arbeitnehmer in Brandenburg umgehend eine leistungsfähige Sozialversicherung zu schaffen.“*

Die UVB hat sich mit Erfolg für die Schaffung gemeinsamer Einrichtungen eingesetzt und dies von Beginn an aktiv unterstützt. Zu den länderübergreifenden Einrichtungen zählen die gemeinsame Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, eine integrierte Krankenhausplanung, die Einrichtung einer Landesversicherungsanstalt Berlin-Brandenburg (heute: Deutsche Rentenversicherung Berlin-Brandenburg) und zum 1.1.2010 die gemeinsame AOK Berlin-Brandenburg. 1991 wurde als Ziel erstmals das gemeinsame Land benannt. Am 10. Oktober wurde schließlich der erste Unternehmertag der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg in Strausberg begangen. Die Gästeliste für den traditionellen Bierabend wurde ab sofort auf Brandenburg ausgeweitet. Zusammen mit der Märkischen Allgemeinen Zeitung wurde das Potsdamer Wirtschaftsforum initiiert. 1992 startete die von Wirtschaft und Gewerkschaften getragene Kampagne „Ein Land in Sicht“. Im gleichen Jahr wurde erstmals in den Neuen Ländern ein Arbeitskreis Bundeswehr-Wirtschaft gegründet.

Vorrangig befasste sich die UVB in den 1990er Jahren damit, Unternehmer dabei zu begleiten, wettbewerbsfähige, ehemalige volkseigene Betriebe der ehemaligen DDR in privatwirtschaftlich geführte Firmen umzuwandeln. UVB-Hauptgeschäftsführer Dr. Hartmann Kleiner bezeichnete Anfang 1990 in einer Rede die wenigen selbständigen Unternehmer in der DDR als „*Hefe für den Teig ... (zur) ... Umgestaltung der bisherigen Kommando-*



*wirtschaft.*“ Gleichzeitig sorgte der Umzug von immer mehr vor allem jungen Bewohnern der noch existierenden DDR in die Bundesrepublik für Unruhe. Der Fachkräftemangel verschärfte sich zusehends.

In den gesamten 1990er Jahren blieb das wirtschaftliche Zusammenwachsen der „Hauptstadtregion“ und der Randregionen Brandenburgs die größte Herausforderung. Brandenburg profitierte zwar von der Verflechtung mit Berlin, dennoch brauchte das Land weitere, vor allem finanzielle Unterstützung. Die UVB setzte sich für den Aufbau Ost ein. Gleichzeitig forderte die UVB einen Umzug der Bundesregierung nach Berlin.

Um die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft in Berlin-Brandenburg zu stärken, sollten die Landesregierungen aber auch selbst aktiv werden und einheitliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsregion schaffen. Die UVB befürwortete die Schwerpunktsetzungen in der Standortpolitik des Berliner Senats, die Kernbereiche Medizin-, Umwelt- und Verkehrstechnologie sowie den Mediensektor auszubauen. Der Wissenschaftsstandort Berlin sollte weiter gestärkt werden.

Die europäischen Hauptstädte rückten immer enger zusammen und damit auch ihre Wirtschaftsbeziehungen. Die UVB erkannte früh diesen Trend und setzte sich für die Zusammenarbeit Berliner und Brandenburger Unternehmen mit ausländischen Firmen ein. Die UVB engagierte sich unter anderem als Mitglied der Organisation der Arbeitgeberverbände der europäischen Hauptstadtregionen (O.P.C.E.), im Rahmen der Asien-Pazifik-Wochen, als Mitherausgeber eines Wirtschaftshandbuchs

18.3.1990

Erste und einzige freie Wahlen in der DDR

1.7.1990

Währungsunion

16.7.1990

Umbenennung der ZBA in „Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e.V.“ (UVB)

3.10.1990

Tag der Deutschen Einheit

4.10.1990

Bezirksgeschäftsstelle in Potsdam in der Karl-Gruhl-Str. 45–47

25.10.1990

Bezirksgeschäftsstelle in Frankfurt (Oder) in der Ernst-Thälmann-Str. 25

24.1.1991

Wahl des 1. Gesamtberliner Senats durch das Abgeordnetenhaus

20.6.1991

Hauptstadtbeschluss des Deutschen Bundestages

11.10.1991

1. Unternehmertag der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg

22.6.1993

Landesvertretung des BDI für Brandenburg

29.11.1993

Einweihung Haus der Wirtschaft Frankfurt (Oder)  
Potsdamer Str. 1–2

Polen, veranstaltete Exportseminare für Asien und organisierte Deutsch-Indische Unternehmertreffen.

Ein weiteres wichtiges Thema seit Anfang der 1990er war die Energiepolitik. Die UVB sprach sich von Beginn an für die Sicherung des Standortes Lausitz und damit für die Braunkohle als einzigen heimischen Energieträger aus. Bereits 1993 forderte die UVB ein gemeinsames Energiekonzept für Berlin und Brandenburg.

Zu einer Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Berlin-Brandenburg gehörte auch eine Modernisierung

der Verwaltungen beider Länder und der Ausbau der regionalen Infrastruktur. Es ging vor allem um den Bau fehlender Straßenverbindungen zwischen Ost und West, eine neue Nord-Süd-Eisenbahn, den Ausbau der S- und Regional- Bahn sowie den Weiterbau der A 100 und A 113 in Berlin.

Aber auch Großprojekte, wie die Planung des künftigen Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI) und des neuen Berliner Hauptbahnhofs nahmen in den 1990ern Fahrt auf. Dazu gehörte die Diskussion um den Standort des künftigen Großflughafens. Zunächst waren





neben Schönefeld-Süd, dem heutigen BBI-Gelände, noch die Genshagener Heide, Sperenberg und ein nicht näher definierter Ort in Mecklenburg-Vorpommern im Rennen. Der damals geäußerte Wunsch nach einem schnellen Planverfahren sollte sich rückblickend betrachtet nicht erfüllen. Eine klare Entscheidung für den Bau des BBI fiel erst 2006.

Auch nach der Jahrtausendwende bestand in Berlin und Brandenburg weiterhin ein erheblicher Ausbau- und Sanierungsbedarf. Die UVB forderte Anfang der 2000er Jahre, so schnell wie möglich attraktive Rahmenbedingungen für die Industrie zu schaffen und zusätzlich in Bildung und Infrastruktur zu investieren. Gerade die Infrastruktur in den Neuen Ländern ließ zu wünschen übrig. Das Aus für den Transrapid Berlin-Hamburg bewertete die UVB deshalb als ein Armutszeugnis. Größtes Projekt war und blieb der Bau des Flughafens Berlin-Brandenburg International (BBI). In Berlin begann die bis heute andauernde Auseinandersetzung um die Verlängerung der A 100.

Die UVB forderte Anfang der 2000er Jahre zudem den kompletten Umzug der Bundesregierung nach Berlin und eine aktive Vermarktung der Neuen Länder. Die UVB regte dazu unter anderem die Gründung einer gemeinsamen Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Berlin und Brandenburg an, um die Ansiedlungsaktivitäten zu bündeln. 2003 war die wirtschaftliche Lage in Berlin und Brandenburg durch die angespannte Situation der Haushalte geprägt, die in beiden Ländern den finanziellen Handlungsspielraum extrem einschränkten. Die UVB forderte darum eine Senkung der konsumtiven Ausgaben bei gleichzeitig höheren Investitionen.

7.1.1994

Einweihung Haus der Wirtschaft Cottbus in der Inselstraße 24

28.4.1994

Erich Gerard zum Präsidenten gewählt (bis 2000)

30.9.1994

Abzug der englischen, französischen, amerikanischen und russischen Besatzungstruppen aus Berlin

27.1.1995

Einweihung Haus der Wirtschaft Potsdam im Schlaatzweg 1

22.10.1995

Annahme der Berliner Verfassung in einem Volksentscheid

01.01.1999

Landesvertretung des BDI für Berlin und Brandenburg

19.4.1999

1. Sitzung des Deutschen Bundestags im neugestalteten Reichstagsgebäude

11.9.2000

Gerd v. Brandenstein zum Präsidenten gewählt (bis 2008)

21.6.2004

Gründung der Wachstumsinitiative Berlin 2004–2014

26.5.2006

Eröffnung des Berliner Hauptbahnhofs

Die Ost-Erweiterung der EU bedeutete einerseits positive Handelseffekte, andererseits befürchteten die Neuen Länder eine steigende Zuwanderung niedrigqualifizierter Arbeitskräfte. Die ostdeutsche Wirtschaft drang deshalb auf ausreichend lange Übergangsfristen bei der Einbeziehung der Beitrittskandidaten in die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit und eine strikte Beachtung der Beitrittskriterien für jedes Land. Auf den Außenhandel wirkte sich die EU-Erweiterung ab Mai 2004 positiv aus. Die Exporte aus Berlin in die mittel- und osteuropäischen Länder stiegen beispielsweise bereits innerhalb des ersten halben Jahres um fast ein Viertel.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung forderte die UVB eine klare Profilbildung Berlin-Brandenburgs als innovative Wirtschaftsregion im europäischen Wettbewerb der Standorte. Wirtschaft und Politik starteten im Juni 2004 in Berlin auf Initiative der UVB und ihrer Partner die Wachstumsinitiative Berlin 2004–2014, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen langfristigen Orientierungsrahmen für das gemeinsame Handeln von Politik und Wirtschaft zu geben. Als ein



wichtiger Standortfaktor wurde die exzellente Hochschul- und Forschungslandschaft weiter herausgestellt. Bereits 2003 schlug die UVB einen Masterplan für die regionale Hochschullandschaft vor. Gerade Berlin brachte aus Sicht der UVB verbindliche Leitlinien für den Technologietransfer. Die Transferallianz im Jahr 2010 in Berlin erfüllt diese Kernforderungen der UVB.

Das Thema Fachkräftesicherung gewann weiter an Bedeutung. Die UVB erwartete eine weitere Verschärfung des Fachkräftemangels durch die demographische Entwicklung. Die Industrie musste als Wachstumsmotor in der Region Berlin-Brandenburg wieder gestärkt werden. Als Ansatzpunkte wurden definiert: Innovationsfähigkeit, um Wissen in intelligente Produkte umsetzen zu können, Infrastrukturausbau, um Wachstum durch Mobilität und Bildung zu erhöhen, Investieren, um die Attraktivität des Standortes zu steigern und die Internationalität auszubauen, um die Chancen der Globalisierung zu nutzen.

Die seit 2005 andauernde Wachstumsphase ging 2008 zu Ende. Ab November traf die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise auch Berlin-Brandenburg. Die wirtschaftliche Ausgangslage veränderte sich zum zweiten Mal in diesem Jahrzehnt komplett. Die UVB leistete konkrete Hilfestellung zur Beschäftigungssicherung in Unternehmen und richtete eine Plattform zum Thema „Management von Kurzarbeit und Qualifizierung“ für Mitarbeiter der Personalabteilungen ein. In Berlin initiierte die UVB ein Monitoring bei der Umsetzung des Konjunkturpaketes II.



2008 gewann die Klimadebatte zunehmend an Bedeutung. Die UVB unterstützte von Beginn an die neuen Möglichkeiten durch Erneuerbare Energien, hält die Braunkohle aber auch zukünftig für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung für unverzichtbar. In mehreren Stellungnahmen zum geplanten Berliner Klimaschutzgesetz hat die UVB gefordert, dass das Gesetz die besonderen Produktionsbedingungen der Industrie angemessen berücksichtigen müsse.

Die Wachstumsinitiative Berlin 2004–2014 befasste sich im selben Jahr mit dem Schwerpunktthema Green Economy. Die weltweit wachsende Nachfrage bei gleichzeitig knapper verfügbaren Ressourcen machen industrielle Lösungen der Green Economy zur Wachstumschance für die Region. Dies spiegelt sich auch in der Ausgestaltung des Masterplans Industrie wider, der im Jahr 2010 für die Felder Innovation, Fachkräfte, Kommunikation und Rahmenbedingungen aufgestellt wurde.

Weiteres ständiges Thema der UVB blieb die enge Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg. Die UVB begrüßt aus diesem Grund die Vereinigung der AOK in Berlin und Brandenburg zum 1. Januar 2010.

20 Jahre nach der Wiedervereinigung sind Berlin und Brandenburg zunehmend zu einer gemeinsamen Wirtschaftsregion zusammengewachsen. Trotz der bisher erreichten Erfolge bleiben die Herausforderungen in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Sozialpolitik sowie dem Arbeitsrecht und der Tarifpolitik groß. Besondere Herausforderungen stellen sich aus den Folgen des demographischen Wandels. Die UVB wird diese Themen auch zukünftig engagiert mitgestalten.

1.1.2008

Christian Amsinck Hauptgeschäftsführer

8.7.2008

Burkhard Ischler zum Präsidenten gewählt

23.5.2009

Jubiläum 60 Jahre Bundesrepublik Deutschland

9.11.2009

20. Jahrestag des Mauerfalls

1.1.2010

Fusion zur AOK Berlin-Brandenburg

22.6.2010

Senat beschließt Masterplan für die Industriestadt Berlin 2010–2020

15.4.2010

19. Potsdamer Wirtschaftsforum  
„20 Jahre Wiedervereinigung: Gesellschaftspolitische Erfahrungen und ökonomische Herausforderungen“

13.9.2010

20. Unternehmertag der Wirtschaft mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister und dem Ministerpräsidenten Brandenburgs

3.10.2010

20. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung

# Wirtschaftspolitik:

## *Im Einsatz für die kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen*

■ Eine weitsichtige Wirtschaftspolitik schafft attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmen und ist entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Prosperität. Richtige Weichenstellungen stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, begünstigen Wachstum und Beschäftigung und erweitern aus der damit verbundenen Steuerkraft zukünftige politische Handlungsspielräume für die anstehenden Herausforderungen, etwa aus dem demographischen Wandel.

In 20 Jahren Deutscher Einheit ist die Region kontinuierlich zusammengewachsen und wächst weiter zusammen zu einer gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarktreion. Das Ziel eines gemeinsamen Landes bleibt richtig. Der Weg dorthin wird bereits heute täglich beschritten. Nach einem umfassenden Strukturwandel sind Berlin und Brandenburg heute Standorte einer modernen, innovativen, leistungsstarken Unternehmenslandschaft, die für die Zukunft im internationalen Wettbewerb gerüstet ist.

Für die Zukunft kommt es darauf an, sich in Wachstumsfeldern des 21. Jahrhunderts richtig aufzustellen. Das erhöht die Chancen, beispielsweise von den weltweit wachsenden Märkten in den Bereichen Energie, Ressourceneffizienz, Mobilität und Gesundheit zu profitieren. Dies muss die Wirtschaftspolitik flankieren und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aktiv gestalten.

Wichtiger Motor für Wertschöpfung, Wachstum und Beschäftigung bleibt auch zukünftig die Industrie gemeinsam mit den unternehmensnahen Dienstleistungen. Die UVB setzt sich deshalb für eine aktive Industriepolitik ein und bringt sich hierzu unter anderem mit vielfältigen eigenen Projekten in den Steuerungskreis Industriepolitik



bei Berlins Regierendem Bürgermeister ein, engagiert sich mit hohem Ressourcenaufwand für den Berliner Masterplan Industrie und hat die Transferallianz zur Bündelung der Innovationskraft von Wirtschaft und Wissenschaft maßgeblich mitgestaltet. Die UVB führt die Geschäftsstelle der mit dem Berliner Wirtschaftssenator vereinbarten Wachstumsinitiative als Partnerschaft von Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Berlin Partner und IBB. Die Initiative ist maßgeblicher Partner der Berliner Wirtschaftskonferenzen, die seit 2007 jährlich durchgeführt werden.



In einer immer mehr spezialisierten und globalisierten Wirtschaft gilt heute und morgen mehr denn je die Erkenntnis, dass die Wirtschaft der Infrastruktur folgt. Die UVB setzt sich deshalb für einen bedarfsorientierten, leistungsfähigen Ausbau von Verkehrswegen und deren Vernetzung ein. Dazu gehören unter anderem das Engagement rund um das Großprojekt Flughafen Berlin-Brandenburg International (BBI) oder auch die mit Nachdruck verfolgte Verlängerung der Berliner Stadtautobahn A 100.

Angesichts weltweit steigender Energienachfrage bei zugleich begrenzten fossilen Ressourcen werden rund um den Globus Lösungen gesucht für eine Energieversorgung, die Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz vereint. Die UVB setzt sich in diesem Sinn für eine Stärkung industrieller Lösungskompetenzen in der Region ein sowie für eine abgestimmte Energiepolitik zwischen Berlin und Brandenburg mit einem Mix aus effizienter konventionell-fossiler Energie und Erneuerbaren Energien.

Die UVB initiiert und gestaltet die Diskussion in entscheidenden wirtschaftspolitischen Zukunftsthemen, berät Politik und Verwaltung und betreibt eine aktive Öffentlichkeitsarbeit. Die UVB arbeitet aktiv in allen für die Interessen der Wirtschaft wichtigen Gremien beider Länder mit. Dazu gehören beispielsweise die Aufsichtsräte der Wirtschaftsförderungsgesellschaften Berlin Partner und ZAB, die Begleitausschüsse zur Umsetzung europäischer Förderprogramme und zahlreiche Lenkungskreise und Beiräte. Die UVB verfügt über ein weit verzweigtes Netzwerk und vertritt als Spitzenverband die wirtschaftspolitischen Gesamtinteressen ihrer Mitgliedsverbände aus allen Branchen.




## Berlin

Haus der Wirtschaft  
Am Schillertheater 2, 10625 Berlin  
T: 030/31005 - 0  
F: 030/31005 - 166

Hauptgeschäftsstelle der UVB seit 1953  
Zuständig für die gesamte Region sowie das Land Berlin

# Bildungs- und Hochschulpolitik:

## Engagement für Zukunftssektor

 Umfassende Bildung ist ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Zukunft unserer Region. Moderne Bildungspolitik schafft dafür die optimalen Rahmenbedingungen und verbessert die Schnittstellen zwischen den einzelnen Bildungsbereichen. Denn die Bildungsbereiche wachsen zusammen: Die Qualität des Schulwesens beeinflusst immer stärker die Berufsvorbereitung und -ausbildung. Die Hochschulen erhalten – auch vor dem Hintergrund der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge – eine ganz neue Funktion in der (beruflichen) Weiterbildung. Die Klammer bildet das Konzept des „Lebenslangen Lernens“.



Die UVB benennt dazu die bereichsübergreifenden Themen und entwickelt – gemeinsam mit den Fach- und Branchenverbänden sowie Unternehmen – die geeigneten Lösungsansätze. Die UVB beteiligt sich mit konkreten Vorschlägen an der Diskussion um eine neue moderne Bildungspolitik in der Region. Individuelle Politikberatung ist dabei genauso ein Instrument wie öffentlichkeitswirksame Kampagnen.

Ziel des UVB-Engagements im Schulbereich ist es, die Qualität der Absolventen der allgemeinbildenden Schulen zu verbessern. Mit dem Forderungskatalog zur Studien- und Berufsorientierung hat die UVB in diesem Bereich das entsprechende Zielsystem vorgelegt. Die UVB engagiert sich zudem in diversen Gremien (unter anderem in den Landeschulbeiräten in Berlin und Brandenburg) und wirkt – im Rahmen der AG Duales Lernen – an der Schulstrukturreform in Berlin mit ([www.duales-lernen.de](http://www.duales-lernen.de)). Auch im wichtigen Feld der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) ist die UVB engagiert.

Seit Februar 1957 stellt die Landesarbeitsgemeinschaft SCHULEWIRTSCHAFT (LAG) Kontakte zwischen Lehrkräften und der Wirtschaft her. Bei der UVB liegt die Geschäftsführung der LAG, ihre operativen Partner sind Partner:Schule-Wirtschaft ([www.psw-berlin.de](http://www.psw-berlin.de)) in Berlin und das Netzwerk Zukunft ([www.netzwerkzukunft.de](http://www.netzwerkzukunft.de)) in Potsdam.

Die berufliche Bildung ist für die Betriebe von besonderer Bedeutung. Die UVB ist hier in den Landesausschüssen für Berufsbildung (LAB) aktiv. Die LAB haben den Auftrag, die Landesregierungen in Fragen der beruflichen Bildung zu beraten.

Im Hochschulbereich arbeitet die UVB unter anderem an drei Projekten: Dazu gehören die Organisation der Arbeitsgemeinschaft der Career Service Center in Berlin und Brandenburg, die Umsetzung der Zusatzqualifikation „Praxis der Personalarbeit“, gemeinsam mit der FU Berlin und das Management des Businessplan-Wettbewerbs Berlin-Brandenburg, gemeinsam mit der Investitionsbank Berlin und der InvestitionsBank des Landes Brandenburg ([www.b-p-w.de](http://www.b-p-w.de)).



## Potsdam

Haus der Wirtschaft  
Schlaatzweg 1, 14473 Potsdam  
T: 0331 / 271 65 - 0  
F: 0331 / 271 65 - 12

Sitz der Geschäftsstelle seit 1995  
Zuständig für die Kreise Ostprignitz-Ruppin, Prignitz,  
Oberhavel, Havelland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming  
sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg

# Arbeitsmarkt- und Personalpolitik:

## *Fachkräftesicherung im Mittelpunkt*

Die demographische Entwicklung hat bereits den Ausbildungsmarkt erreicht. Es ist absehbar, dass zukünftig die Fachkräftesicherung die operative Personalarbeit der Unternehmen noch mehr bestimmen wird. Zentrales Ziel der UVB im Bereich der Arbeitsmarkt- und Personalpolitik ist die Sicherung der Fachkräftebasis in der Hauptstadtregion. Dabei sollen die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Betriebe bei der Personalsuche und -auswahl, der Personaleinstellung sowie der Personalentwicklung unterstützen.

Die UVB informiert hierzu laufend über die aktuelle Beschäftigungsentwicklung in der Region sowie über die arbeitsmarktpolitischen Programme der Bundesagentur für Arbeit und beider Bundesländer. Die Interessen der Wirtschaft bringt die UVB in die Selbstverwaltungsorgane der Bundesagentur und der Agenturen für Arbeit in Berlin und Brandenburg ein, in denen sie und von ihr benannte Arbeitgebervertreter an der regionalen Umsetzung der Arbeitsmarktpolitik aktiv mitwirken.





Die UVB entwickelt beschäftigungspolitische Strategien für Politik und Unternehmenspraxis. Sie konzipiert einzelbetriebliche Projekte zu den Themenbereichen Personalsuche und -auswahl, Arbeitnehmerüberlassung, Personalentwicklung und Personaltransfer. Diese Projekte werden operativ in Zusammenarbeit mit den Dienstleistungsorganisationen der Wirtschaft, insbesondere mit dem bbw Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg ([www.bbw-gruppe.de](http://www.bbw-gruppe.de)) umgesetzt.

Eine zentrale Informations- und Kommunikationsplattform für Personalverantwortliche in der Hauptstadtregion ist die „UVB-Arbeitsgemeinschaft der Personalleiter in Berlin und Brandenburg“. Über 100 Personalverantwortliche sind bereits Mitglied der Arbeitsgemeinschaft ([www.personalleiter-online.de](http://www.personalleiter-online.de)).

Das 2002 gegründete IP Institut für Personalmanagement ist ein Kooperationsprojekt mit der FU Berlin und der Universität Potsdam. Das Unternehmen arbeitet ganz gezielt an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Kern des Angebots ist die strategische Personalmanagement-Beratung ([www.ip-institut.de](http://www.ip-institut.de)).



## Cottbus

Haus der Wirtschaft  
Inselstraße 24, 03046 Cottbus  
T: 0355/780 29 - 0  
F: 0355/780 29 - 12

Sitz der Geschäftsstelle seit 1994  
Zuständig für die Kreise Dahme-Spreewald, Elbe-Elster,  
Oberspreewald-Lausitz, Spree-Neisse sowie die kreisfreie  
Stadt Cottbus

# Tarifpolitik:

## *Flexibilität und Unternehmensorientierung notwendig*

Die im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte Tarifautonomie (das Tarifvertragsgesetz trat am 9. April 1949 in Kraft) wurde in den 1950er Jahren des letzten Jahrhunderts schnell mit Leben erfüllt. Die mit der sozialen Marktwirtschaft eng verknüpfte Tarifautonomie ist gekennzeichnet vom Bemühen der Verbände und Gewerkschaften, die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten ohne staatliche Einflussnahme in Tarifverträgen zu regeln. Sowohl Anfang der 1950er Jahre in West-Berlin als auch unmittelbar nach der Wende 1990 in Brandenburg leistete die UVB Pionierarbeit beim Aufbau der sozialen Marktwirtschaft und bei der Regelung der Arbeitsbedingungen.

Die UVB koordiniert seit ihrer Gründung die Tarifpolitik ihrer Mitgliedsverbände branchenübergreifend in



der Region. Sie führt ein Tarifarchiv, das den Verbänden schnell und zuverlässig Datenmaterial und Analysen bietet. Sie setzt sich gegenüber der Öffentlichkeit, den Medien, der Politik und den Gewerkschaften für eine flexible und unternehmensorientierte Tarifpolitik ein. Die Vertreter der Arbeitgeber in den Tarifausschüssen der Länder Berlin und Brandenburg, die über die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen entscheiden, werden von der UVB benannt.

In vielen Branchen sind durch vielfältige tarifvertragliche Öffnungsklauseln die Regelungsspielräume für die Betriebspartner erheblich ausgedehnt worden. Ziel ist, betriebliche Bündnisse für Arbeit im Rahmen der Flächentarifverträge zu fördern. Dabei bleibt unser Ziel, primär tarifvertragliche Öffnungsklauseln zu vereinbaren, weiterzuentwickeln und anzuwenden.

Zunehmend müssen sich die Tarifparteien auch an der gesellschafts- und sozialpolitischen Entwicklung orientieren und künftig auf die tiefgreifenden Veränderungen der Bevölkerungsstruktur reagieren. So wurden in vielen Branchen tarifliche Regelungen zum Beispiel zur persönlichen Altersvorsorge geschaffen. Dieses Beispiel zeigt, dass die Tarifparteien aus eigener Verantwortung heraus Antworten auf die Fragen der Zeit finden, ohne dass dies durch staatlichen Zwang oder Einflussnahme geschieht. Deshalb setzt sich die UVB für den Vorrang der Tarifautonomie vor staatlicher Lohnfestsetzung ein.

Die UVB bekennt sich zur Sozialpartnerschaft und zu einer fairen und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

# Arbeitsrecht:

## Mitgestaltung im Dialog

Tragfähige Lösungen vorzuschlagen und sich dabei aktiv an der Arbeitsrechtspolitik im Interesse der Wirtschaft zu beteiligen, war und ist zentrales Anliegen der UVB. Sie setzt sich daher beständig für eine den wirtschaftlichen Belangen Rechnung tragende Gesetz- und Verordnungsgebung gegenüber beiden Landesregierungen und -parlamenten ein. Dazu unterhält und fördert die UVB einen regelmäßigen Erfahrungs- und Ideenaustausch über die Grenzen der einzelnen Branchen hinweg. Gemeinsam mit Vertretern von Unternehmen und Verbänden erarbeitet sie Positionen der Wirtschaft zu den für unsere Region relevanten rechtspolitischen Fragen.

Die kontinuierliche arbeitsrechtliche Information und Beratung der Mitgliedsverbände bildet einen weiteren Schwerpunkt der sozialpolitischen Aufgaben der UVB. Sie kann damit ihren angeschlossenen Mitgliedsverbänden als Partner zur Seite stehen und zugleich Informationen und Erkenntnisse von allgemeinem Interesse bündeln und zielgerichtet verarbeiten.

Die UVB organisiert zusammen mit dem bbw Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg Fachtagungen und Informationsveranstaltungen zur aktuellen Rechtsentwicklung, insbesondere zur Erläuterung und praktischen Anwendung neuer Gesetze und Vorschriften.

Die UVB benennt rund 1000 ehrenamtliche Richter aus den Unternehmen in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit, die eine praxisorientierte Rechtsprechung sachkundig unterstützen. Sie wirkt daneben bei der Einstellung und Ernennung von Berufsrichtern in der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit mit.



### Frankfurt (Oder)

Haus der Wirtschaft  
Potsdamer Str. 1–2, 15234 Frankfurt (Oder)  
T: 0335/556 9 - 318  
F: 0335/556 9 - 335

Sitz der Geschäftsstelle seit 1993  
Zuständig für die Kreise Uckermark, Barnim,  
Märkisch-Oderland, Oder-Spree sowie die kreisfreie  
Stadt Frankfurt (Oder)

# Sozialpolitik:

## Soziale Sicherungssysteme zukunftsfest machen



Als Spitzenorganisation der Wirtschaft vertritt die UVB die sozialpolitischen Interessen der Unternehmen in Berlin und Brandenburg. Dabei ist die UVB insbesondere in der Sozialen Selbstverwaltung, auf den Politikfeldern Rente und Gesundheit, im Sozialversicherungsrecht, im betrieblichen Arbeits- und Gesundheitsschutz und in der Familienpolitik aktiv.

Gemeinsam mit den Gewerkschaften ist die UVB in der Region Träger der paritätischen sozialen Selbstverwaltung in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung und benennt die Arbeitgebervertreter in Verwaltungsräten bzw. Vorständen der Sozialversicherungsträger. Über die Selbstverwaltung war die UVB maßgeblich an den Fusionen der Landesversicherungsanstalten (im Jahr 2006), der Medizinischen Dienste der Krankenkassen (2000) und zuletzt der AOK in Berlin und Brandenburg (2010) beteiligt. Dadurch wurden die Effizienz der Versorgung der Versicherten verbessert, Verwaltungskosten gesenkt und das weitere Zusammenwachsen der Bundesländer Berlin und Brandenburg gefördert.

Eine der wichtigsten Aufgaben der UVB auf dem Feld der Sozialpolitik ist die Mitwirkung an einer zukunftsfesten Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme. Dies ist Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und eine positive Beschäftigungsentwicklung. Dabei gilt es, trotz der anstehenden demographischen Herausforderungen ein Anwachsen der Belastungen der Unternehmen durch Lohnzusatzkosten zu verhindern. In diesem Zusammenhang tritt die UVB für eine stärkere Orientierung der Rentenberechnung an den demographischen Notwendigkeiten sowie für Finanzierungsreformen in der Kranken- und Pflegeversi-

cherung ein. Ziele sind dabei die Abkopplung der Finanzierung vom Arbeitsverhältnis und eine stärkere Ausprägung der Kapitaldeckung.

Im Bereich der Gesundheitswirtschaft ist das zentrale Anliegen der UVB, die Entwicklung der chancenreichen „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ weiter voran zu bringen. Zur Erfüllung dieser gesundheits- und wirtschaftspolitischen Querschnittsaufgabe wurde im Jahr 2007 von den Ländern Berlin und Brandenburg ein Masterplan „Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg“ beschlossen, zu dessen weiterer Umsetzung nunmehr eine Kooperationsvereinbarung getroffen wurde. Über den Beirat beteiligt sich die UVB aktiv an der weiteren Entwicklung der Gesundheitsregion.

Im Arbeits- und Gesundheitsschutz haben die Mitglieder der UVB bereits im Jahr 1975 mit dem Werkarztzentrum der Wirtschaft eine Selbsthilfeeinrichtung gegründet, durch die gegenwärtig ca. 150 Unternehmen in Berlin und Brandenburg arbeitsmedizinisch und sicherheitstechnisch betreut werden.

Neben der sozialversicherungsrechtlichen Beratung der Mitgliedsverbände gewinnt die Unterstützung in Fragen einer demographiefesten Personalarbeit zunehmend an Bedeutung. In diesem Zusammenhang führt die UVB im jährlichen Wechsel Fachtagungen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement sowie zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch. Netzwerkaktivitäten entfaltet die UVB hier als Träger der Berliner Initiative G gesunde Arbeit sowie als Mitglied des Unternehmensnetzwerks „Erfolgsfaktor Familie“.





# Das Präsidium

## Präsidium der UVB

### Präsident:

■ Burkhard Ischler Metall- und Elektroindustrie

### Vizepräsidenten

■ Peter Dreißig Handwerk

■ Thomas Eller Ernährungsindustrie

■ Rainer G. Jahn Chemische Industrie

### Mitglieder des Präsidiums:

■ Peter Asmussen Medien

■ Volker Pesarese Handel

■ Wolfgang Frey Bauindustrie

■ Uwe Rehfeld Holz- und Kunststoffindustrie

■ Werner Gegenbauer Dienstleistung

■ Dr. Andreas Reichel Energieversorgung

■ Ulrich Misgeld Elektroindustrie

■ Thomas Uhr Metall- und Elektroindustrie

### Außerordentliches Mitglied:

■ Dr. Hartmann Kleiner

### Ehrenpräsidenten:

■ Gerd von Brandenstein

■ Erich Gerard

# Die Präsidenten



1950–1969  
**Heinrich Neumann**

Geschäftsführender Gesellschafter des Fabrikunternehmens „Heinrich Neumann, Spezial-Apparate für Schaltanlagen“



1969–1978  
**Dr. Dietrich Weyermann**

Geschäftsführender Gesellschafter der „Maschinenfabrik Paul Weyermann, Spezialunternehmen für Kranbau“



1978–1994  
**Klaus Osterhof**

Gesellschafter der Firmen: Maschinenbau „WAM“ M. Osterhof KG Berlin, Karl Gronemeyer KG, Langen Bez. Frankfurt

Persönlich haftender Gesellschafter der Firma Heinrich W. Trott, Haan/Rheinland

Geschäftsführer S.E.N Neumünster



1994–2000  
**Erich Gerard**

Direktor des Berliner Büros der  
Leitung und Leitung der Zentralen  
Dienste Berlin der Siemens AG



2000–2008  
**Gerd von Brandenstein**

Leiter des Berliner Büros der  
Leitung und des Verbindungsbüros  
Berlin der Siemens AG



seit 2008  
**Burkhard Ischler**

Leiter des Berliner Büros der Leitung  
und der Abteilung Government  
Affairs der Siemens AG

# Die Hauptgeschäftsführer



1950–1968  
**Dr. Gerhard Schmidt**

seit 1945  
als Geschäftsführer in den Branchen Holzverarbeitung, Druck und Papier.

1950–1968  
Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes der Berliner Metallindustrie (AVBM) und der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände (ZBA)



1968–1981  
**Dr. Horst Martin**

seit 1951  
in der Geschäftsführung der Zentralvereinigung Berliner Arbeitgeberverbände

1968–1981  
Hauptgeschäftsführer des AVBM und der ZBA



1981–2007  
**Dr. Hartmann Kleiner**

1971  
Wissenschaftlicher Mitarbeiter des AVBM

1973  
Geschäftsführer des AVBM und der ZBA

1978  
stellvertretender Hauptgeschäftsführer des AVBM  
und der ZBA

1981–1990  
Hauptgeschäftsführer des AVBM und der ZBA

1990–2007  
Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Metall- und  
Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg (VME) und  
der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin  
und Brandenburg (UVB)



seit 2008  
**Christian Amsinck**

1988–1990 Wissenschaftlicher Referent beim Bundes-  
verband der Deutschen Industrie in Köln

1990  
Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik der UVB

1992  
Geschäftsführer der UVB

1994  
Geschäftsführer des VME

seit 2008  
Hauptgeschäftsführer des VME und der UVB

# Mitgliederliste

- Verband der Metall- und Elektroindustrie in Berlin und Brandenburg e.V.
- Arbeitgeberverband Stahl e.V.
- VDMA Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V.
  - Landesverband Ost –
- ZVEI Zentralverband Elektrotechnik und Elektronikindustrie e.V.
  - Landesstelle Berlin –
- VGT-Gesamtverband Gebäudetechnik e.V.
- Landesinnungsverband Metall Berlin-Brandenburg
- INNUNG Sanitär Heizung Klempner Klima Berlin
- Fachverband Sanitär Heizung Klempner Klima Land Brandenburg
- Landesinnungsverband der Elektrotechnischen Handwerke Berlin/Brandenburg (LIV)
- Handelsverband Berlin-Brandenburg e.V.
- L.G.A. Landesverband des Groß- und Außenhandels für Berlin und Brandenburg e.V.
- Landesverband des Kraftfahrzeuggewerbes Berlin-Brandenburg e.V.
- Gesamtverband Deutscher Holzhandel e.V.
- Bauindustrieverband Berlin-Brandenburg e.V.
- Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V.
- Maler- und Lackiererinnung Berlin
- Landesinnung des Dachdeckerhandwerks Berlin
- Verband Beton- und Fertigteilindustrie Mitte-Ost e.V.
- UVMB Unternehmerverband Mineralische Baustoffe e.V.
- Arbeitgeberverband Nordostchemie e.V.
- Verband der Chemischen Industrie e.V. Landesverband Nordost
- Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Kunststoff Verarbeitenden Industrie in Berlin und Brandenburg e.V.
- Arbeitgeberverband der Deutschen Kautschukindustrie (ADK) e.V.
- Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V.
  - Landesverband Nordost –
- Verband der Lackindustrie e.V. – Bezirksgruppe Nordost –
- Deutsche Industrievereinigung Biotechnologie
  - Landesverband Nordost –
- Verband der Textil- und Bekleidungsindustrie Berlin und Brandenburg e.V.
- Verband der Nord-Ostdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie e.V.
- Wirtschaftsvereinigung der Ernährungsindustrie in Berlin und Brandenburg e.V.
- Brauereiverband Berlin/Brandenburg e.V.
- Bundesverband der Deutschen Süßwarenindustrie e.V.
- Arbeitgeberverband der Cigarettenindustrie
- Hotel- und Gaststättenverband Berlin e.V.
- Bäcker- und Konditorenlandesverband Berlin und Brandenburg e.V.
- VZBO Verband der Zeitungsverlage in Berlin und Ostdeutschland e.V.
- Verband Druck und Medien Berlin-Brandenburg eV
- VBP Nordost Verband der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbeitenden Unternehmen in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern e.V.
- Arbeitgeberverband der ostdeutschen Papierindustrie e.V. AGOP
- Drucker-Innung Berlin-Brandenburg
- Buchbinder-Innung Berlin
- Verband Holz und Kunststoff Nord-Ost e.V. (HKN)
- Tischler-Innung Berlin
- Fachverband Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Berlin und Brandenburg e.V.
- Landesbauernverband Brandenburg e.V.
- Arbeitgeberverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e.V.
- Verband Verkehr und Logistik Berlin und Brandenburg e.V.
- Fuhrgewerbe-Innung Berlin-Brandenburg e.V.
- Arbeitgeberverband Energie- und Versorgungswirtschaftlicher Unternehmen e.V. (AVEU)
- Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein e.V. (DEBRIV)
- Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland
- Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e.V. (BDWS)
- Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Berlin e.V.
- Allgemeiner Verband der Wirtschaft für Berlin und Brandenburg e.V.
- Verband Technischer Betriebe für Film und Fernsehen e.V.
- Verband privater Kliniken und Pflegeeinrichtungen Berlin-Brandenburg e.V.
- Gebäudereiniger-Innung Berlin

## Bildnachweis

- Titelbild: UVB / Haus der Wirtschaft – Berlin
- Seite 6–7: UVB
- Seite 8–9: Klaus Wowereit © Senatskanzlei.dpa  
Matthias Platzeck © <http://www.stk.brandenburg.de>
- Seite 10–11: UVB
- Seite 13: Fotolia / © Michael Neuhauß
- Seite 14: Bundesarchiv, Bild 183-88574-0004 / Stöhr / CC-BY-SA/Wikipedia Deutschland
- Seite 15 (kleines Foto oben links): Fotolia/ © Thomas Roske  
(kleines Foto oben rechts): Fotolia/ © Thomas Roske
- Seite 16: (kleines Foto links) Mauer nahe Reichstag.jpg / © Dr. Alexander Mayer/Wikipedia Deutschland  
(kleines Foto rechts) Berliner Mauer 1.jpg / © Dr. Alexander Mayer/Wikipedia Deutschland
- Seite 17: BrandenburgerTorDezember1989.jpg / © SSGT F. Lee Corkran/Wikipedia Deutschland
- Seite 19: Bundesarchiv Bild 183-1990-0424-015, Mark der DDR, Deutsche Mark, Münzen.jpg/  
Wikipedia Deutschland
- Seite 20: Fotolia / © ecomeda medien
- Seite 21: Pixelio / © Willfahrt
- Seite 22: Fotolia / © godfer
- Seite 23: UVB
- Seite 24: Fotolia / © Yuri Arcurs
- Seite 25: UVB / Haus der Wirtschaft – Berlin
- Seite 26: Fotolia / © Andres Rodriguez
- Seite 27 (kleines Foto oben links): Fotolia/ © Mellimage  
(kleines Foto rechts): UVB / Haus der Wirtschaft – Potsdam
- Seite 28: Fotolia / © Andres Rodriguez
- Seite 29 (kleines Foto oben links): UVB  
UVB/Haus der Wirtschaft – Cottbus
- Seite 30: Fotolia / © Yuri Arcurs
- Seite 31: UVB / Haus der Wirtschaft – Frankfurt (Oder)
- Seite 34–37: UVB

**Vereinigung der Unternehmensverbände  
in Berlin und Brandenburg e.V. (UVB)**

Am Schillertheater 2

10625 Berlin

Telefon (030) 310 05-0

Telefax (030) 310 05-160

E-Mail: [uvb@uvb-online.de](mailto:uvb@uvb-online.de)

Internet: [www.uvb-online.de](http://www.uvb-online.de)